

Niederschrift

zur 32. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 11.10.2016	18:30-21:53 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter,

Wolfgang Petenati als Vertretung für Rolf Hilke,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ab 18:36 Uhr (TOP 8.1),

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige BürgerInnen

Heinz Almes,

Thomas Apitz,

Rolf-Peter Hooge,

Karsten Klemt,

Heinz-Georg Lehmann,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Frank-Peter Apitz, Stadtverordneter,

Hr. Dr. Thomas Buhl, Geschäftsführer Wohnungswirtschaft GmbH,

Fr. Katrin Bialas, Architekturbüro „die architekt innen“,

Hr. Louis Marcuse, Graco GmbH & Co KG,
Fr. Steffi Barnick, Wohnungswirtschaft GmbH,
Fr. Laura Tönse, Wohnungswirtschaft GmbH,
Hr. Randy Salzmänn, Wohnungswirtschaft GmbH,
Hr. Siegfried Reibetanz, Geschäftsführer Gruppe Planwerk,
Fr. Annette Hartfiel, Gruppe Planwerk,
Hr. Uwe Stemmler, Märkische Oderzeitung sowie
vier weitere Bürger.

Abwesend

CDU-Fraktion

Rolf Hilke (entschuldigt),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher (entschuldigt).

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende beginnt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Er informiert kurz über den Vororttermin, der unmittelbar vor der Sitzung an der **Altstadtbrücke** stattgefunden hat. Es waren Herr Arndt vom Straßenverkehrsamt des Landkreises, Frau Nötzel, Fachgruppenleiterin Straßen und Grünflächen und der Anwohner Herr Liepe sowie Herr Tschepe, Herr Wende, Herr Almes und Herr Witte anwesend. Es wurden einige Verabredungen zur Gefahrenabwehr getroffen, über deren Umsetzung der Stadtentwicklungsausschuss auf dem Laufenden gehalten werden soll.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung festgestellt, es sind neun stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 14.06.2016

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 28.06.2016

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4.3 Bestätigung der Niederschrift vom 19.07.2016

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Informationen für den Ausschuss.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Große Modernisierungsprojekte der Wohnungswirtschaft GmbH für das Jahr 2017 (BE: Hr. Dr. Buhl, Fr. Bialas, Hr. Marcuse)

Der Geschäftsführer der Wohnungswirtschaft GmbH, Herr Dr. Buhl, stellt anhand einer Präsentation zwei größere, im Jahr 2017 geplante Projekte der Gesellschaft vor. Diese werden Sanierungsprojekte sein. Er bemerkt, dass die Baukosten höher sein werden, als sie vor drei oder vier Jahren gewesen wären. Das liegt auch daran, dass die Firmen derzeit gut ausgelastet und daher die Leistungen teurer sind.

Das erste Projekt ist das Gebäude **Georgi-Dobrowolski-Straße 1-4** in Fürstenwalde-Nord. Herr Dr. Buhl informiert, dass es sich um einen Bautyp handelt, bei dem aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen während des Baus unklar ist, welche Materialien verbaut wurden. Daher weist das Projekt einige Risiken auf. Für 1,8 Mio. Euro soll das Gebäude modernisiert und mit Aufzügen versehen werden. Es werden sowohl bewohnte als auch leerstehende Wohnungen saniert, bei den bewohnten betrifft dies die Bäder. Der bis 2020 verpflichtende Einbau von Rauchmeldern wird geprüft. Als Vorbild der Modernisierung dient das Gebäude Juri-Gagarin-Straße 6-10. Der Baubeginn ist für das zweite Quartal, der Abschluss im vierten Quartal 2017 geplant.

Das zweite Projekt befindet sich im Stadtzentrum. Es handelt sich um die Gebäude **Kehrwiederstraße 12** und **13-15**. Als problematisch erweist sich der Umstand, dass der Wohnungswirtschaft GmbH keine umliegenden Flächen gehören. Die Eigentümer haben aber Bereitschaft geäußert, die Flächen während der Baumaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Architektin Frau Bialas übernimmt die Planung und Bauleitung. Sie erläutert die Planungen: Die Gebäude entstanden Anfang der 1990er Jahre. Weil ein Neuvermietungsstopp herrscht, stehen derzeit elf der 54 Wohneinheiten leer. Die Gebäude sollen straßenseitig eine malermäßige **Fassadengestaltung** erhalten, die den historischen Einzelhauscharakter nachbildet. Insgesamt werden hier 1,6 Mio. Euro investiert. Wie beim nahe gelegenen Beispielobjekt **Am Schloßturm 1** wird auch hier die Sanierung gleichzeitig bei bewohnten als auch bei Leerwohnungen geschehen. Die Leerwohnungen werden zeitweise als Ausweichquartier der Mieter dienen. Im März soll begonnen werden, der Abschluss ist für August 2017 geplant.

Herr Marcuse von der Firma Graco erläutert die Fassadengestaltung, die in Details noch verändert werden könnte. Er sieht eine Synthese aus Respekt vor den Gebäudestrukturen als auch Rücksicht auf das Kleinstadtumfeld vor. Es soll der Ablauf einer historischen Straße nachgebildet werden. Die Zeichnung eines aus einem Fenster hängenden Mannes soll als **Hingucker** dienen. Alle Elemente werden auf die Oberfläche gemalt, nicht geklebt oder gesprüht. Es wird eine höhere Wertschätzung des Gebäudes durch die Mieter erhofft. Neben den Strukturelementen, welche firmeneigene Handwerker gestalten, können die Flächen von ortsansässigen Handwerkern gemalt werden.

Herr Hemmerling bemerkt, dass die angedachte Fassadengestaltung gewöhnungsbedürftig ist. Er fragt nach der **Haltbarkeit** der Farben. Da Standardfassadenfarben verwendet werden, ist eine normale Haltbarkeit gewährleistet, wie Herr Marcuse ausführt. Ein Referenzobjekt der Firma Graco wird die Union-Kinowand sein. Diese wird am 15.10.2016 um 11 Uhr öffentlich enthüllt. Herr Dr. Buhl ergänzt, dass er sich in anderen Städten Beispiele angesehen und festgestellt hat, dass die Farben auch nach Jahren nicht verbleichen. Die Gestaltung ist auch nicht viel teurer als eine einfache Farbgebung. Von anderen Gesellschaften wurden positive Rückmeldungen der Mieter berichtet. Herr Dr. Buhl bemerkt kritisch, dass im Zentrum ein Parkplatzkonzept fehlt.

Herr Luban begrüßt die Maßnahme, da sie eine Auflockerung im **Domumfeld** darstellt und sich an die historische Substanz anlehnt. Sollte eine Dachbegrünung erfolgen, wie sie Herr Wende anregt, müssten die Kosten auf die Miete umgelegt werden.

Herr T. Apitz fragt, warum die Gebäude nicht gedämmt werden. Herr Dr. Buhl erläutert, dass eine **Dämmung** zwischen 400.000 und 450.000 Euro kosten würde. Die Kosten wären auf die Miete umzulegen. Er verweist auf Erfahrungen bei Plattenbauten in Fürstenwalde-Nord. Der Unterschied der Betriebskosten zwischen dem kompletten „Einpacken“ des Gebäudes und kleineren Maßnahmen (Fenster, Keller- und Bodendecke, Fugen, Giebel) ist nur gering.

Herr Hemmerling findet die Gestaltung des Gebäudes Am Schloßturn 1 sehr gelungen. Die Innenstadtgebäude haben auch für **Senioren** eine ideale Lage. Er fragt, ob die Gebäude altersgerecht umgebaut werden. Die Wohnungen sollen alle altersgerecht gestaltet werden, wie Herr Dr. Buhl ausführt, allerdings kann kein Aufzug angebaut werden, weil dafür zum einen Fremdflächen in Anspruch genommen werden müssten, und zum anderen ist ein Aufzug sehr teuer. Da es keine fünfgeschossigen Gebäude sind, wären die Mietsteigerungen sehr hoch. Herr Dr. Buhl bestätigt eine gute Nachfrage nach innerstädtischen 1- und 2-Raum-Wohnungen, vor allem von Menschen, die in Berlin arbeiten.

Herr Almes fragt, wie sich die **Mietpreise** ändern werden. Herr Dr. Buhl erklärt, dass die Kalkulation noch nicht fertig ist.

Herr Tschepe informiert, dass die Stadt im Wettbewerb für die Gestaltung der Fassade am Schweinemarkt zufällig dasselbe Unternehmen ausgewählt hat, wie die Wohnungswirtschaft. Dies sei ein Indiz für die Qualität des Unternehmens.

Im Quartier sollen in den kommenden Jahren weitere Maßnahmen stattfinden, wie Herr Dr. Buhl ausführt: Die gegenüberliegenden Gebäude **Kehrwiederstraße 1-6** und die Gebäude **Kunstpfeifergasse 4-6** sollen als Folgeprojekte umgesetzt werden. Alle haben eine Größe von etwa 2.500 m², die gut zu handhaben ist. Die Gebäude **Kunstpfeifergasse 1-3**, welche der Fürstenwalder Wohnungsbaugenossenschaft gehören, werden möglicherweise gleichzeitig angegangen. Hier werden entsprechende Gespräche geführt. Die Planungen gehen bis ins Jahr 2019. Es ist mit einem Planungsvorlauf von jeweils einem Jahr zu rechnen, daher gibt es noch keine Kostenschätzung.

Herr Fischer erfragt den aktuellen Erkenntnisstand für das Grundstück Ecke Mühlen-/Schloßstraße. Herr Wende bemerkt, dass dies Thema im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung war. Der Eigentümer scheint kein Interesse an einer Entwicklung zu haben.

Herr Zänker findet es lobenswert, dass die Mieten niedrig gehalten werden sollen. Er erfragt die Erfahrungen mit **Solarenergieanlagen** auf den Dächern. Herr Dr. Buhl benennt das Beispiel Artur-Becker-Straße, wo von einer Firma Solarthermieanlagen installiert wurden. Diese Firma gibt es nicht mehr, daher existiert keine valide Auswertung über den Nutzen. Für den Aufbau sind teure Dachsanierungen nötig. Er informiert, dass es anderenorts Projekte für solargestützte Aufzüge gibt, um die Energiekosten zu senken. Die Solaranlagen könnte auch mit einer Warmwasseraufbereitung gekoppelt werden. Bei Photovoltaikanlagen auf Einzelhäusern lag die Nettokaltmiete in der Vergangenheit bei 8,50 Euro. Der Preis würde heute höher liegen (ca. 10-12 Euro), weil die Energieeinspeisungsvergütung gesunken ist.

Herr Tschepe bittet Herrn Dr. Buhl, etwas über den geplanten kleineren Neubau in der **Otto-Nuschke-Straße** zu berichten. Herr Dr. Buhl erklärt, dass das Projekt zurückgestellt wurde. Der

Bauantrag wurde nur gestellt, um Baurecht nach alter Energieeinsparverordnung zu bekommen, da dies günstiger sei. Ein Interessent wollte das gesamte Projekt bauen, ist aber abgesprungen.

TOP 8.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), weiteres Vorgehen (BE: Gruppe Planwerk)

Herr Reibetanz dankt für den Auftrag an sein Planungsbüro. Zusammen mit Frau Hartfiel berichtet er anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand: Die Auftaktgespräche mit den Fachbereichen der Stadtverwaltung haben am 29.09.2016 stattgefunden. Frau Hartfiel konkretisiert, dass das Beteiligungsverfahren nach dem Motto: „**Fürstenwalde 2030**“ angegangen wird. Dazu werden spezifische Zielgruppen einbezogen. Die Beteiligung findet in zwei Stufen statt: zunächst findet eine SWOT-Analyse statt. Diese zeigt Chancen, Potenziale, Risiken und Schwächen auf und führt zu einem Leitbild. Die zweite Stufe benennt die Handlungsfelder und Schlüsselmaßnahmen.

Eine Steuerungsrunde wird den Prozess steuern. Im November 2016 finden vier Dialogabende statt:

- die Themen Stadtentwicklung und Wohnen am 07.11.,
- das Thema am Mobilität 08.11.,
- die Themen Wirtschaft, Tourismus und Einzelhandel am 09.11. sowie
- die Themen Soziales, Bildung und Kultur am 15.11.

Für eine erste Auswertung wird ein Zwischenbericht erstellt, dies wird im Januar 2017 sein.

Die Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen sollen im Februar 2017 stattfinden.

Eine zweite Runde der Dialogabende mit dem Fokus auf Handlungsfelder und Schlüsselmaßnahmen wird es im Frühjahr 2017 geben.

Im Sommer 2017 wird es eine Auswertung mit einem Endbericht geben.

Über Info-Veranstaltungen im Herbst 2017 werden die Menschen in den Stadtteilen informiert.

Herr Wende findet, dass das ein sehr konservativer Ansatz ist. Er hat sich mehr erhofft und würde es vorziehen, wenn der Diskussionsprozess mehr in die Stadt hineingetragen werden würde. Er bemängelt, dass nicht die Zivilgesellschaft, sondern die Institutionen angesprochen werden. Er würde eine kleinere Ebene als die Stadtteile bevorzugen und wünscht sich eine **niederschwellige Beteiligungsmöglichkeit** und die Wertschätzung der eingebrachten Inhalte.

Herr Tschepe betont, dass INSEK kein Volksbeteiligungsinstrument ist, sondern ein komplexes Instrument für die Weichenstellung in der Stadtentwicklung für die nächsten Jahre. Bürger sind eher an konkreten Projekten interessiert. Herr Reibetanz verweist auf die Erfahrungen des Büros aus anderen Städten. Sie haben Partizipationsinstrumente in den verschiedensten Angelegenheiten ausprobiert. Er befürchtet, dass Erwartungen geweckt würden, die nicht erfüllt werden können. Zudem unterliegt die INSEK-Bearbeitung bestimmten **formalen Regeln**. Ein aktuelles INSEK ist die Voraussetzung zur Gewinnung von Fördermitteln. Das Leitbild wird öffentlichkeitswirksam diskutiert werden, dazu existieren verschiedene Verfahren auf der niederen Ebene. Frau Hartfiel fügt zu, dass für einzelne spezifische Themen weitere Formate entwickelt werden können. Für das INSEK wird Input gebraucht. „Wunde“ Punkte können zur Bürgerbeteiligung gebracht und dort besprochen werden. Dazu ist eine Situationsanalyse notwendig.

Herr Wende sieht das anders und verweist auf die Bürgerbeteiligung in **Forst**, welche das Büro seiner Meinung nach in vorbildlicher Art und Weise angegangen ist. Die Menschen würden den Rahmen akzeptieren, wenn sie gleichberechtigt behandelt werden. Dazu müssen sie sich eingeladen fühlen. Herr Reibetanz widerspricht und sagt, dass das Forster Tuch kein gutes Beispiel ist. Zum einen hatte es eine andere Ausgangslage wegen eines konkreten Anlasses. Zum anderen führte es zu guten Ergebnissen, das Verfahren wurde aber auf Wunsch der Stadt nicht bis zum Ende durchgeführt. Damit konnten geweckte Erwartungen nicht erfüllt werden.

Herr Petenati fragt nach der Rolle der **Ortsteile**, auch möglicher neuer Ortsteile, welche durch Eingemeindung bis 2030 hinzukommen. Herr Tschepe informiert, dass die Ortsteile Trebus und Molkenberg der Einwohnerversammlung in Fürstenwalde-Nord zugeordnet sind. Sie könnten auch eine eigene Veranstaltung bekommen, wenn der Wunsch besteht.

Bei der **Firmenaufzählung** vermisst Herr Petenati das Reifenwerk mit knapp 1.000 Mitarbeitern sowie zwei große, damit verbundene Logistikfirmen. Herr Tschepe sagt, dass die vorgeschlagenen Firmen nur stellvertretend genannt sind. Die Liste kann ergänzt werden.

Herr Reibetanz sagt, dass Formen und Formate an die jeweiligen Maßnahmen angepasst werden, dabei ist Konsistenz wichtig. Es gibt einen klaren Zeit- und Kostenrahmen, mehr ist immer möglich. Das INSEK betrachtet die ganze Stadt, das ist auch für die Fördergeber wichtig.

Herr Fischer ist hin- und hergerissen. Er empfindet es so, dass ein **elitärer Zirkel** über Stadtentwicklung diskutieren und bestimmen soll, während die Mehrheit außen vor bleibt. Die Ausrichtung der Stadtpolitik an Fördermitteln bewirkt nicht unbedingt das Beste für die Stadt. Er würde empfehlen, ein nur rudimentäres Konstrukt für den Fördergeber zu beschließen, dessen inhaltliche Füllung später erfolgt. Die Bevölkerung würde es durchaus verstehen, wenn einzelne Ergebnisse nicht umgesetzt werden, solange es nachvollziehbare Gründe dafür gibt. Frau Hartfiel würde andersherum denken: Die Stadt überlegt sich, wo sie hin will und muss den Fördergeber überzeugen.

Herr T. Aplitz unterstützt Herrn Fischer. Er fragt, was passiert, wenn eingeladene Menschen nicht kommen. Herr Reibetanz verweist darauf, dass sich die Rahmenbedingungen zum aktuellen INSEK der Stadt geändert hätten. Die Fördergeber verlangen jedoch **aktuelle Konzepte**, in denen sich die Änderungen identifizieren lassen. Er geht davon aus, dass die meisten eingeladenen Menschen kommen und zum produktiven Austausch über Stärken und Schwächen beitragen werden. Es könnte je nach Thematik durchaus Schwierigkeiten bei der Einbindung der Zivilgesellschaft geben.

Herr Hoffrichter stellt fest, dass das INSEK ein vom Land vorgegebenes **Planungsinstrument** ist. Die Inhalte sollten bei der Erstellung ausdiskutiert werden, da eine spätere Diskussion schädlich sein könnte.

Nach Herrn Lubans Erfahrung sind solche Konzepte nur schwer aufzubauen, da es nur eine geringe Bürgerbeteiligung gibt. Er kritisiert, dass die Innenstadt immer kahler wird, weil Läden zu Wohnungen, Kitas und Ähnlichem werden. Er wünscht sich ein **realitätsnahes Konzept**. Die Stadt kann durch die vielen ortsansässigen Firmen auftrumpfen.

Herr Fischer regt an, die Auswertungen der vergangenen **Online-Beteiligungen** zu berücksichtigen. Frau Hartfiel sagt, dass sie derartige Unterlagen schon erhalten haben. Die Themen werden aufgegriffen und geprüft. Das INSEK muss die Prioritäten aufzeigen.

Herr Hemmerling betont die Bedeutung von **Fördermitteln** für die Entwicklung. Bei der Einbeziehung der Bevölkerung versteifen sich Diskussionen häufig auf Kleinigkeiten, die auch in der Verwaltung geregelt werden könnten. Auch Herr Tschepe stellt fest, dass z.B. Investitionen in die Schulen ohne Fördergelder nicht möglich gewesen wären. Dabei hilft das INSEK. Aber es geht darüber hinaus auch um die grundsätzliche zukünftige Entwicklung der Stadt. Die Vorzeichen haben sich geändert, von der Schrumpfung (2007) auf Wachstum. Das Land würde das INSEK prüfen und muss auch seine Zustimmung geben. Herr Fischer sagt, dass die Stadt nicht so auf Fördermittel angewiesen wäre, wenn es Rücklagen gäbe.

Herr Wende gibt zu bedenken, dass bspw. viele Themen im Bürgerbudget nicht auf dem Schirm des Ausschusses waren und neue Informationen durchaus hilfreich sein können. In den Diskussionsrunden sollten ruhig auch **konträre Meinungen** aufeinander treffen. Für Kinder und Jugendliche müssten außerdem eigene Beteiligungsformate gefunden werden. Herr Reibetanz stimmt zu, dass alle Interessenlagen vertreten sein sollen. Dazu ist Widerspruch wichtig. Das Büro ist offen für Prozesse, und auch die Partizipationsformen können angepasst werden.

TOP 8.3 Sachstand zu aktuellen Bauvorhaben

Herr Fettke berichtet anhand mehrerer Folien über aktuelle Sachstände bei verschiedenen Hochbauvorhaben: Bis Oktober 2017 werden für 85.000 Euro in neun Einrichtungen verschiedenen Vorhaben umgesetzt. Darunter sind auch viele kleinteilige Maßnahmen.

Herr Tschepe informiert über aktuelle Tiefbauvorhaben. Die Landesstraße 35 (**August-Bebel-Straße**) soll im Bereich des Ketschendorfer Angers 2017 gebaut werden.

Die Fertigstellung der **Alten Neuendorfer Straße** verschiebt sich.

Der Straßenbau in der **Ketschendorfer Feldmark** (1. BA) liegt im Zeitrahmen. Im heutigen Amtsblatt befindet sich die Ausschreibung der Grundstücke. Durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung werden zur schnellen Umsetzung der Erschließung an der Krausestraße die ersten zwei Leistungsphasen ausgelöst.

Wegen zusätzlichem Bodenaustausch und aufgrund der notwendigen archäologischen Begleitung der Baumaßnahmen im Seitenbereich der **Reinheimer Straße** hat sich die Fertigstellung verzögert. Während der erst Abschnitt bereits fertig ist, wird für den zweiten Abschnitt ein Abschluss im November 2016 angestrebt.

Der Bau des **Radweganschlusses** an der Lindenstraße zur B 168 hat begonnen.

Die westliche Bushaltestelle „Geschwister-Scholl-Straße“ wird bis zum Monatsende ein **neues Buswartehäuschen** erhalten.

Für das **Kapitelhaus** laufen die Ausschreibungen, Submission wird am 19.10.2016 sein.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Fettke informiert, dass am 26.09.2016 in der Sitzung des Klimabeirates Maßnahmen zur Fortschreibung des **Klimaschutzkonzeptes** beraten wurden, die in dieses einfließen werden. Es wurden sechs Handlungsfelder festgelegt:

- Entwicklung der Raumordnung,
- kommunale Gebäude und Anlagen,
- Ver- und Entsorgung,
- Mobilität,
- interne Organisation,
- Kommunikation und Kooperation.

Die Bewertung der Einzelmaßnahmen durch die Beteiligten des Klimabeirates führte zur Erstellung einer **Prioritätenliste**.

Herr Fettke informiert über den **1. Energietag**, der am 08.10.2016 auf dem Marktplatz leider bei schlechtem Wetter stattfand. Er zeigt einige Bilder. Die Bürger konnten Meinungen, Anregungen und Ideen geben. Dabei waren besonders die Themen Radwege, Kommunikation von Einsparmöglichkeiten, Tempolimit und Barrierefreiheit häufig genannt. Weiterhin konnten das Fahren mit einem Elektroauto, einem Elektrofahrrad und einem Lastenfahrrad getestet werden. Für die Stadtverwaltung wird die Anschaffung derartiger Fahrräder geprüft. Er regt an, derartige Energietage alle zwei Jahre zu wiederholen. Herr Wende begrüßt die Idee, er hätte sich aber eine bessere Kommunikation der Veranstaltung gewünscht.

Die Ausschreibung zum **Heizhaus** in der Artur-Becker-Straße ist im Amtsblatt erschienen und soll auch in den Berliner Raum gestreut werden, wie Herr Fettke informiert. Möglicherweise können im Erdgeschoss Fahrradstellplätze entstehen. Der lange Zeitraum (bis 10.01.2017) bietet möglichen

Kaufinteressenten die Chance, Vorbesprechungen mit dem Bauordnungsamt zu führen. Herr Fischer kritisiert die Verwaltung, da viele Diskussionsinhalte nicht aufgenommen wurden. Auch der grundsätzliche Verkaufsbeschluss durch den Ausschuss fehlte.

Das Anbieten öffentlicher WCs soll über das Projekt „**Nette Toilette**“ erfolgen, wie Herr Fettke ausführt. Hierüber wünschen sich die Abgeordneten nähere Informationen. Herr Tschepe entschuldigt die ungünstigen Abläufe und Kommunikationsdefizite beim Thema „Nette Toilette“. Das Projekt soll am 01.01.2017 starten, dazu werden nähere Informationen folgen.

Herr Luban bemängelt, dass Fahrradtouristen **keine Abschließmöglichkeiten** in Domnähe vorfinden. Es muss immer ein Radfahrer auf die Räder aufpassen.

Herr Tschepe informiert, dass die Straßen(um)benennungen Förstereiweg und Charlotte-Apel-Straße vollzogen wurden. Die Anlieger an der **Charlotte-Apel-Straße** haben sich nochmals gegen den Ausbau der Straße ausgesprochen. Für einen weiteren Weg in Fürstenwalde-Süd läuft die Anhörung, dazu wird es in der nächsten Sitzung mehr Informationen geben.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Hoffrichter fragt, ob bei den Grundstücken in der Ketschendorfer Feldmark **Bodendenkmale** zu erwarten seien, weil dies in der Ausschreibung stehe. Herr Tschepe sagt, dass sei ein pauschaler Verweis, es sind aber keine Bodendenkmale zu erwarten.

Herr Hoffrichter erfragt die zwei **Baulandgebiete**, die der Bürgermeister jüngst als größere Projekte angekündigt hat. Herr Tschepe sagt, dass es sich dabei um die Neue Spreevorstadt mit ca. 100 Grundstücken und die weiteren Ausbaustufen der Ketschendorfer Feldmark handelt. Im Gespräch sind weiterhin kleinere Projekte auf einem Gelände an der Uferstraße, am Altstädter Platz und am Ulanenring. Perspektivisch rückt auch das Heideland in den Fokus.

Herr Petenati verweist auf den schlechten Zustand der **Trebuser Straße** und sieht dringenden Handlungsbedarf. Mittelfristig ist auch die südliche Fahrbahn der **Julian-Marchlewski-Straße** zwischen Karl-Liebknecht- und Wriezener Straße zu erneuern. Herr Tschepe nimmt die Anregungen mit.

Herr Hemmerling fragt nach dem Stand zur Veränderung der **Parkaufstellordnung** am Stadtpark, da er hier verschenkten Raum sieht. Herr Tschepe informiert, dass eine umfängliche Untersuchung dazu durchgeführt wurde. Diese kam zum Ergebnis, dass es sehr teuer wäre, aber keinen großen Effekt hätte. Dies liegt daran, dass die Stellplätze breiter (3 m) sein müssten, da sie von vielen beeinträchtigten Menschen genutzt werden. Für die Umsetzung wären Vorplanungen nötig. Herr T. Apitz sieht hier einen Selbsterziehungszweck der Autofahrer. Er hält auch den Eingriff in den Stadtpark für den falschen Weg. Herr Hemmerling regt eine Parkordnung über Markierungen an, welches Herr Tschepe prüfen lassen will.

Herr Fischer fragt, ob für den städtischen Anteil beim Bau des Bahnübergangs **Buschgarten** der Förderantrag gestellt wurde. Herr Tschepe informiert, dass der Umbau 2017 erfolgen soll und in der Haushaltsplanung berücksichtigt wurde. Ein Fördermittelantrag wurde gestellt.

Herr Fischer erkundigt sich nach dem Stand der Beräumung des ehemaligen **ABC-Lagers**. Herr Tschepe sagt, dass die Stadt kurz vor dem Abschluss des Vertrages zum Waldausgleich über den Stadforst steht. Dies ist die rechtliche Voraussetzung, damit die Anschlussleitungen verlegt werden können. Die Baugenehmigung für die Solaranlagen ist beim Bauordnungsamt beantragt.

Das Thema **Melanchthonstraße** wird im Frühjahr 2017 auf die Tagesordnung kommen, da weitere Prüfungen notwendig sind und im Winter ohnehin keine baulichen Maßnahmen erfolgen können.

Herr Fischer regt an, dass sich die Stadt wegen der gehäuften Fluglärmbelastungen in die **Fluglärmkommission** einbringt. Herr Tschepe meint, dass das nicht nötig sei, da die Festlegung der Flugrouten des BER Fürstenwalde, im Gegensatz zu heute, verschonen würde.

Herr Hooge benennt das Problem des **Fahrradlinksverkehrs** in der Eisenbahnstraße ab der Seelower Straße, worauf Herr Tschepe auf die Zuständigkeit der Polizei verweist.

Herr Almes erfragt den aktuellen Stand für die zwei **Kasernengebäude** an der Rudolf-Breitscheid-Straße, welche zur Versteigerung standen. Herr Tschepe informiert, dass für beide Gebäude keine Angebote zum Verkehrswert eingegangen sind, die BBG jedoch mit Interessenten in Verhandlung steht. Für das bereits früher veräußerte, westlich davon befindliche Gebäude liegt inzwischen ein Bauantrag für 21 Wohneinheiten vor. Herr Almes möchte, dass sich hier die Stadt engagiert. Herr Tschepe sieht dies nicht als städtische Pflichtaufgabe, die Fraktionen können aber ein anderes Vorgehen beantragen.

Herr Starcken erfragt den Inhalt der Stellungnahme der Stadt für den **Landesentwicklungsplan** Hauptstadtregion (LEP HR). Herr Tschepe führt aus, dass sich die Aufstellung in der Diskussionsphase befindet. Die Stadtverordneten werden über den Inhalt informiert. Am 07.11.2016 findet zwischen 14 und 16 Uhr mit Landesvertretern eine Diskussionsrunde zum LEP HR im Alten Rathaus statt. Dazu können auch interessierte Stadtverordnete eingeladen werden. Herr Wende regt an, dass aus jeder Fraktion ein Ansprechpartner teilnimmt.

Herr Wende schlägt vor, zur Abwendung der Probleme die **Bushaltestellen am Bahnhof** zu markieren. Herr Tschepe bemerkt hierzu, dass ein angedachtes Konzept zur Markierung der Kurzzeitparkplätze durch den Einsatz der Gelenkbusse obsolet wurde. Er sieht selbst ohne abgestellte Pkw Probleme bei der Anfahrt der Haltestellen. Möglicherweise wäre der Umbau der ganzen Haltestellenanlage zweckmäßiger. Die Stadt wartet immer noch auf die Mitteilung des BOS zum Thema Gelenkbusse. Herr Benz (Busfahrer) widerspricht und sieht das Hauptproblem ausschließlich bei den Pkw am Bahnhof. Nur wenn diese komplett vom Vorplatz herausgehalten werden können, würde ein ordentlicher Busbetrieb gewährleistet werden können. Herr Starcken erinnert an den Vorschlag, die Taxi- und Kurzzeitparkplätze zu tauschen. Herr Tschepe geht davon aus, dass das Bus-Anfahrproblem auch mit den Taxis am neuen Standort bestehen bliebe.

Herr Wende erfragt, inwieweit die Stadt bei den Maßnahmen des Landkreises, **Sprees Oberschule** und Sporthalle, eingebunden wird. Herr Tschepe sagt, dass auch die Stadt von der Dynamik überrascht wurde. Er präferiert eine gemeinsame Entwicklung mit dem benachbarten, landeseigenen Gelände des alten Finanzamtes. Das Land hat hohe finanzielle Vorstellungen, sodass der Landkreis möglichst wenig Flächen davon erwerben möchte. Eine Nachnutzung des Finanzamtsgebäudes in Richtung Wohnen kommt für die Stadt nicht infrage. Dies würde der Entwicklung der benachbarten Gewerbestandorte zuwiderlaufen.

Herr Hoffrichter regt an, dass der Bürgermeister ein Schreiben an das Finanzministerium senden soll. Wegen des auftretenden Vandalismus hat das Land dauerhaft hohe Kosten. Diese hat das Land als Folgekosten bei der Zusammenlegung der Finanzämter nicht bedacht, wie Herr Tschepe mutmaßt.

Herr Fischer fragt nach den Planungen für ein neues Baugebiet an der **Uferstraße**. Herr Tschepe sagt die Vorstellung konkreter Planungen zu, wenn diese vorliegen.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:53 Uhr.

Stephan Wende

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer